



# Hauptstadtbrief

## von Klaus-Peter Willsch MdB

Nr. 94

Nachrichten und Notizen

21.04.2011

aus Berlin und dem Wahlkreis Rheingau-Taunus/Limburg

Sehr geehrte Damen und Herren,  
liebe Freunde,

nahezu alle, denen man durchaus zutrauen kann, Ahnung von der Materie zu haben, warnen vor dem ab 2013 vorgesehen dauerhaften Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM): Die Bundesbank, der wissenschaftliche Beirat des Bundesministeriums der Finanzen (BMF), der Bundesrechnungshof oder Wirtschaftsexperten aller Art. Vergleichen Sie hierzu z. B. den Artikel im Handelsblatt vom 18. April „Zwölf gegen Merkel. Deutschlands ökonomischer und juristischer Sachverstand rebelliert“.

Worum geht es? Das Budgetrecht des Bundestages soll außer Kraft gesetzt werden. Wir Abgeordnete sollen einmal brav zustimmen. Aber im konkreten „alternativlosen“ Fall – also wenn Zahlungen an Schuldenstaaten fällig werden – sollen wir nicht mehr gefragt werden. Immerhin ist die pauschale Einzugsermächtigung der Höhe nach auf schlappe 190 Milliarden Euro begrenzt, also etwa zwei Drittel eines Bundeshaushalts.

Mittlerweile haben zwölf FDP-Bundestagsabgeordnete einen Antrag für den Parteitag der Liberalen am 13. Mai in Rostock unterzeichnet, mit dem der ESM gekippt werden soll. Zwölf Abgeordnete sind bei einer Fraktionsgröße von 93 eine beachtliche Zahl. Und der Unmut wächst weiter. Auch unter meinen Kollegen von der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Der Bundesrechnungshof hat mit einem kürzlich veröffentlichten Bericht zum ESM für soviel Aufsehen – auch unter den Abgeordneten des Deutschen Bundestages - gesorgt, dass unser Finanzminister Wolfgang Schäuble hastig Sondersitzungen einberufen musste, um zu beschwichtigen – was aber nur begrenzt gelungen ist.

Auch die Bundesbank warnt. Die künftig vorgesehenen Sanktionen gegen Defizitsünder seien viel zu lasch. Wieder gebe es keine Automatismen. Strafen müssen weiterhin vom Europäischen Rat abgesegnet werden. Abgesehen davon, dass die betroffenen Regierungschefs selbst über ihre eigenen Sanktionen mitentscheiden dürfen, denke ich: Die eine Krähe wird der anderen auch weiterhin kein Auge auskratzen! Immer wird es irgendwelche Kuhhändler auf Ratstreffen geben. Es ist traurig aber wahr, es war die deutsche (rot-grüne) Bundesregierung, die zusammen mit Frankreich den Stabilitäts- und Wachstumspakt aufgeweicht und verwässert hat.

Nicht auszudenken, wenn der ESM zum Instrument einer rot-grünen Bundesregierung werden würde: Schließlich ist der einzige Vorwurf, den die Opposition im Deutschen Bundestag gegen die Regierung erhoben hat, dass die überschuldeten Staaten im Euroraum zu spät und zu wenig von Deutschland unterstützt worden seien.

Immer wieder wird von den Befürwortern der Hilfen für überschuldete Staaten argumentiert, dass dies im deutschen Interesse sei, da wir am meisten vom Euro profitierten.

Aber ist Deutschland wirklich der Gewinner der Euro-Einführung? Auf dieser Behauptung basieren alle Rufe nach deutscher Solidarität. Deutschland profitiert zweifellos vom Wegfall der Wechselkursschwankungen. Unsere exportorientierte Wirtschaft spart durch die gemeinsame Währung Kosten der Wechselkursabsicherung. Die Inflation war seit Einführung des Euro niedrig. Aber dies ist kein neuer Trend und schon gar nicht auf die Einführung des Euro zurückzuführen. Die Einführung der neuen Währung hat einige Effekte verstärkt, ist aber nicht ursächlich für diese.

Der Großteil der deutschen Exporte geht in die Europäische Union. Der Export in diese Staaten schlägt sich maßgeblich in unserem Außenhandelsüberschuss nieder. Aber exportiert werden nicht nur Waren und Dienstleistungen, sondern auch Kapital. Deutsche Kapitalströme ins Ausland schlagen sich also auch „positiv“ in der Außenhandelsbilanz nieder, obwohl sie die Investitionsbasis für unsere Volkswirtschaft schmälern. Die Partys in Griechenland, Irland oder Portugal wurden durch solche deutschen Kapitalströme befeuert. Jetzt wird wegen des erhöhten Risikos des Engagements in den Peripheriestaaten das Geld wieder vermehrt in Deutschland investiert. Das verdeutlicht, dass es absurd ist, uns unsere Exportüberschüsse vorzuwerfen. Die Exportüberschüsse werden sich früher oder später automatisch deutlich verringern, wenn unsere Außenhandelspartner erfolgreich ihre Wettbewerbsfähigkeit stärken.

Vergleicht man unsere Entwicklung mit der Schweiz (außerhalb des Euroraumes), so zeigt sich, dass unser Nachbarstaat auch ohne Einführung des Euros eine ähnliche Entwicklung vorzuweisen hat. Die Schweiz ist durchaus für einen Vergleich geeignet. Beide Länder sind bereits hoch entwickelt. Aufholeffekte gibt es hier ebenso wenig wie in Deutschland. Auch weist unsere Nachbarin ein hohes Maß an Haushaltsdisziplin auf und hat mit dem Franken eine „harte“ Währung wie wir sie damals mit der D-Mark hatten.

Die Inflation ist in der Schweiz wesentlich niedriger als in Deutschland. Die Kaufkraft dort ist wesentlich höher. Und auch die schweizerischen Exporte haben sich positiv entwickelt. 2009 hat Deutschland gut 23% mehr Waren ausgeführt als noch 2002. Im gleichen Zeitraum hat die Schweiz ihre Exporte um fast 25% gesteigert – auch ohne Euro.

Blickt man auf andere Wirtschaftsdaten, zeigt sich ganz deutlich, dass Deutschland eben nicht zu den Hauptprofiteuren der Einführung des Euro gehört. So gehört Deutschland mit zum Schlusslicht bei der Lohnentwicklung in den EU-15 (Europäische Union vor Osterweiterung). Nur Italien hat noch schlechtere Zahlen vorzuweisen. Dasselbe Bild bei den Nettoinvestitionsquoten. Hier ist Deutschland sogar Schlusslicht. (Die Schweiz ist hier fast genauso schlecht, Spitzenwerte erreichen aber Irland, Spanien, Griechen-

land, auch Portugal liegt hier noch deutlich über dem Durchschnitt der Eurozone.)

Beim Bruttoinlandsprodukt (BIP) sieht es nicht anders aus. In den letzten 15 Jahren ist das deutsche BIP um 20,4% gestiegen. Deutschland belegt hier den vorletzten Platz – schlechter ist nur Italien. Spanien und Griechenland sind im gleichen Zeitraum um fast 50% gewachsen. Die EU-15 liegen im Schnitt immerhin noch bei 29,6%.

Es geht hier nicht um D-Mark-Nostalgie, sondern nur um Fakten. Es geht darum, das ökonomisch Richtige zu tun und damit zugleich das in den Neunzigern den Deutschen gegebene Versprechen zu halten. Wir haben damals gesagt: Wir geben unsere geliebte D-Mark nur zu der Bedingung her, dass der Euro nach D-Mark-Regeln funktioniert. Dazu gehört zentral das sogenannte „bail-out-Verbot“, also der Ausschluss der Möglichkeit, das Staatsdefizit eines Mitgliedslandes den Partnern im Euroraum aufzubürden. Darin war das Vertrauen in den Euro begründet, das jetzt nachhaltig erschüttert ist. Wir kommen aber nicht auf den Pfad der Tugend zurück, wenn wir Schulden mit noch mehr Schulden zu bekämpfen versuchen. Dies gilt auch dann, wenn Kredite konditioniert sind. Denn „Kredite mit Auflagen des ESM gehören ... in die Rubrik Insolvenzverschleppung“, sagt Prof. Kai Konrad, Chef des Wissenschaftlichen Beirats des BMF. Wie recht er doch hat!

## **Sternenkinder**

Dem Deutschen Bundestag liegt derzeit eine Petition von der Familie Martin aus Brechen vor, die ich voll und ganz unterstütze und deren Thematik zunehmend öffentliche Aufmerksamkeit erlangt. Es geht um die personenstandsrechtliche Anerkennung von so genannten Sternenkindern. Sternenkinder sind totgeborene Kinder, die aufgrund einer Unterschreitung der gesetzlichen Gewichtsgrenze von 500 Gramm als Fehlgeburt bezeichnet werden und somit rechtlich nicht existiert haben.

Für viele trauernde Eltern von Sternenkindern ist es aber eine zusätzliche Belastung, dass die bestehende Rechtslage die Existenz ihrer Kinder bestreitet. Die Kinder haben in vielen Fällen schon einen Namen und die emotionale Eltern-Kind-Bindung ist auch bereits vor der Geburt vorhanden.

Mit der Petition soll erreicht werden, dass die 500-Gramm-Grenze abgeschafft und den Eltern von Sternenkindern somit ermöglicht wird, ihr Kind offiziell im Personenstandsregister und damit im Stammbuch der Familie erfassen zu lassen. Eine generelle Pflicht dazu soll ausdrücklich nicht eingeführt werden. Wer ein Kind abgetrieben hat, hat natürlich kein Interesse daran, dass dies in sein Stammbuch eingetragen wird.

Dass eine formale Registrierung des Namens ein wichtiger Faktor sein soll, den Verlust des Kindes zu verarbeiten und zu realisieren, mag vielleicht für den ein oder anderen seltsam klingen. Aber doch ist es so. Viele Seelsorger haben mir dies in persönlichen Gesprächen bestätigt. Auch wenn ein Baby noch nicht mehr als 500g wiegt, ist es doch mehr als „Kliniksondermühl“ – also als Krebsgeschwüre oder Blinddärme -, der einfach entsorgt werden kann. In vielen Fällen ist das Baby auch schon ganz klar als Mensch erkennbar, es handelt sich also nicht um einen „Zellklumpen“.

Die Petition erfährt großen Zuspruch. Derzeit wurde Sie von 35.000 Bürgern gezeichnet. Das Thema hat viele Befürworter. So wird z. B. in der Arbeitshilfe Nr. 174 „Wenn der Tod am Anfang steht“ des Sekretariats der deutschen Bischofskonferenz gefordert: „Im Hinblick auf das Personenstandsrecht sollte durch den Gesetzgeber des Bundes den Eltern die Möglichkeit gegeben werden, eine Eintragung des vor der Geburt verstorbenen Kindes einschließlich seines Vor- und Familiennamens in alle Personenstandsbücher, auch in das Sterbebuch, vornehmen lassen zu können.“ Auch ermöglicht die Kirche ein Begräbnis, obwohl für den Staat offiziell niemand existiert hat, der begraben werden müsste.

Sämtliche Kollegen, mit denen ich über das Thema gesprochen habe, stimmen mit mir überein, dass wir hier als Gesetzgeber etwas ändern müssen. Ich bin selbst nicht Mitglied des Petitionsausschusses, aber dennoch zuversichtlich, dass die Petition der Martins Erfolg haben wird.

Wann endgültig über die Petition entschieden werden wird, ist noch nicht absehbar. Da das Thema viele Politikfelder (Innen, Justiz, Gesundheit) berührt, wird nun wahrscheinlich eine fraktionsinterne Arbeitsgruppe gegründet. Über die Petition der Familie Martin wurden in letzter Zeit dreimal im Fernsehen (u. a. auch bei WISO) berichtet. Wer Interesse hat, kann sich die Fern-

sehbeiträge auf der Homepage der Martins (<http://jltfpw.jimdo.com/>) ansehen.

## **Kommunalwahl 2011**

Landauf, landab bilden sich derzeit die neuen gemeindlichen Gremien. Generell kann man sagen, dass wir in beiden Landkreisen mit geringeren Verlusten als im Landestrend noch einigermaßen passabel abgeschnitten haben. Dass Erdbeben, Tsunami und das dadurch verursachte Kernkraftwerksunglück im über 10.000 km entfernten Japan den Grünen bis in den letzten Ortsbeirat einen unverhofften Stimmenzuwachs beschert haben, kann einem schon an der Differenzierungsfähigkeit der Wähler zweifeln lassen.

Für unsere Kämmerin Jutta Nothacker im Rheingau-Taunus-Kreis hat es leider bei der Landratswahl nicht gereicht. Sie hat einen ungeheuer engagierten Wahlkampf mit hohem persönlichen Einsatz geführt, wofür ich ihr an dieser Stelle nochmals ganz herzlich danke. Mein Dank gilt auch allen Helfern, die beim Plakatieren, Handzettel verteilen und an den Infoständen für unsere gemeinsame Sache gefochten haben.

Ihnen und Ihrer Familie wünsche ich geruhsame Ostertage. Ich hoffe, Sie können die freien Tage im Kreis Ihrer Lieben nutzen, um einmal wieder richtig auszuspannen.

Ihr



### **Weiterleitung des Briefes**

Ich darf Sie herzlich bitten, den Hauptstadtbrief möglichst breit im Familien- und Bekanntenkreis zu verteilen. Vielen Dank.

### **Aufnahme in den Verteiler**

Wer in den E-Mail- oder Fax-Verteiler des Hauptstadtbriefes aufgenommen werden möchte, kann dies jederzeit über mein Berliner Büro veranlassen.